

# Gliederung

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XI
I. Private Unternehmen und staatlicher Geheimnisschutz in der Schnittstelle von Privatrecht und Verfassungsrecht .....	1
II. Geheimnisschutz und erlaubte Geheimnisoffenbarung: Für den eiligen Leser eine Zusammenfassung gleich zu Beginn .....	5
1. <i>Das System des Geheimnisschutzes des SÜG .....</i>	5
2. <i>Eine Skizze der aufgeworfenen Fragen .....</i>	9
3. <i>Der Gang der Darstellung .....</i>	11
III. Weitergabe nur mit Einwilligung – Voraussetzungen des Einwilligungsvorbehalts .....	13
1. <i>Vertragliche Vereinbarung als Grundlage .....</i>	13
2. <i>Weitergabe nur mit Einwilligung – Voraussetzungen des Einwilligungsvorbehalts .....</i>	13
IV. Der Begriff der Weitergabe .....	15
1. <i>Terminus der „Weitergabe“ als auslegungsbedürftiger Rechtsbegriff .....</i>	16
a) Ausgangspunkt: § 4 SÜG-AVV .....	16
b) Definitorisches Indiz, aber keine abschließende Definition für öffentlich-rechtliche Vertragsverhältnisse .....	17
c) Weitere Hinweise in §§ 24, 25 VSA .....	19
d) Keine Übertragbarkeit auf öffentlich-rechtliche Vertragsverhältnisse .....	19
e) Notwendigkeit des ergänzenden Vergleichs mit dem Datenschutzrecht .....	20

2. Orientierung am Datenschutzrecht .....	21
a) Begriff der Weitergabe in § 3 Abs. 4 S. 2 Nr. 3 BDSG a.F. ....	22
b) Begriff der Offenlegung durch Übermittlung in Art. 4 Nr. 2 DS-GVO .....	22
c) Ein erster Definitionsversuch ohne Beachtung fallspezifischer Besonderheiten .....	23
3. Partielle Privilegierung der Informationsübermittlung im Konzern	24
a) Datenschutzrecht .....	24
b) Arbeitnehmerüberlassungsrecht .....	26
c) Kartellrecht .....	27
d) Folgerung .....	28
4. Partielle Privilegierung der Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DS-GVO .....	29
5. Folgerung .....	31
V. Reichweite etwaig vorhandener Einwilligungen	33
1. Einwilligung als empfangsbedürftige Willenserklärung? .....	33
2. Auslegung von Einwilligungserklärungen .....	35
a) Maßstab der §§ 133, 157 BGB .....	36
b) Vertragspraxis als logisch-systematische Auslegung .....	38
c) Zweck der Einwilligungserklärung als teleologisches Argument	40
3. Auslegung von Einwilligungserklärungen i.S.d. Geheimschutzhandbuchs .....	42
a) Weitergabe im Rahmen der Auftragsverarbeitung und Konzerndatenverarbeitung als Vertragspraxis .....	42
b) Zweck der Einwilligung i.S.d. Geheimschutzhandbuchs .....	45
4. Schlussfolgerungen .....	47
VI. Geheimschutzklausel als AGB: Wirksamkeit eines Einwilligungsvorbehaltes .....	49
1. AGB-Kontrolle öffentlich-rechtlicher Verträge .....	49
2. Grundlinien der AGB-Kontrolle .....	52
a) Unangemessene Benachteiligung durch nicht interessenlegitimierte Vorbehalte .....	53
b) Fallgruppen der Rechtsprechung .....	56
aa) Zustimmungsvorbehalte zur Forderungsabtretung .....	57
bb) Zustimmungsvorbehalte im Mietrecht .....	59

cc) Zustimmungsvorbehalt für die Aufnahme einer Nebentätigkeit .....	62
dd) Vertragliche Verschwiegenheitsverpflichtungen .....	65
<b>3. Schlussfolgerungen .....</b>	<b>68</b>
<b>4. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit .....</b>	<b>72</b>
<b>VII. Pflicht zur Einwilligung .....</b>	<b>79</b>
<b>1. Einwilligungspflicht aus Treu und Glauben .....</b>	<b>79</b>
a) Treu und Glauben im öffentlich-rechtlichen Vertrag .....	79
b) Fallgruppen der Rechtsprechung .....	82
aa) Anerkannte Ausprägungen des Grundsatzes .....	82
(1) Leistungserbringung unter Berücksichtigung des Vertragszwecks und der Interessen des Vertragspartners .....	82
(2) Begründung von Nebenpflichten, insbesondere Mitwirkungspflichten .....	83
(3) Verbot unzulässiger Rechtsausübung .....	84
(4) Berücksichtigung schutzwürdigen Vertrauens .....	85
(5) Zwischenfazit .....	86
bb) Voraussetzungen für die Anerkennung einer Einwilligungspflicht aus Treu und Glauben .....	87
c) Interessenabwägung .....	90
aa) Grad der Gefährdung der VS durch Weitergabe .....	90
bb) Kosten, die dem Auftragnehmer bei verweigerter Einwilligung drohen .....	91
cc) Bisherige Vertragsdurchführung .....	92
dd) Üblichkeit der Weitergabe .....	93
d) Zwischenfazit .....	94
<b>2. Einwilligungspflicht aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....</b>	<b>94</b>
a) Grundrechtswirkungen im Subordinationsvertrag .....	95
aa) Verhältnismäßigkeitsprüfungen im Privatrecht und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als konturiertes Institut der Grundrechtsdogmatik .....	95
bb) Rechtliche Bindungen im Subordinationsvertrag .....	100
b) Einwilligungsvorbehalt als Grundrechtseingriff .....	102
c) Leitlinien der Verhältnismäßigkeit bei der Einwilligung zur Weitergabe von VS-Sachen .....	105
aa) Verhältnismäßigkeit und Willkürverbot .....	105
bb) Vorjustierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung im Gewaltenteilungsschema .....	105
cc) Schrumpfung des administrativen Spielraums .....	108

X	<i>Gliederung</i>	
d) Ein letztes Fazit .....		112
VIII. Statt einer Summa: Perspektiven und Entwicklungslien .....		113
Literatur .....		115
Register .....		121